

Antisemitismus und Immigration im heutigen Westeuropa Gibt es eine Verbindung?

Die Situation in Deutschland

Mathias Berek
Zentrum für Antisemitismusforschung,
Technische Universität Berlin

Vorwort

Diese Zusammenfassung ist eine auf dem Bericht *Antisemitism and Immigration in Western Europe Today: is there a connection? The case of Germany* basierende Übersetzung. Dieser Länderbericht ist Teil eines größeren Forschungsprojektes, das 2016/2017 in fünf europäischen Staaten, in Belgien, Frankreich, Deutschland, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich, durchgeführt wurde.

In einem Abschlussbericht, *Antisemitismus und Immigration im heutigen Westeuropa: Gibt es eine Verbindung? Ergebnisse und Empfehlungen einer Studie aus fünf Ländern*, werden gemeinsame Entwicklungen aufgezeigt, Vergleiche gezogen und Empfehlungen für zivilgesellschaftliche Organisationen und Regierungen ausgesprochen.

Das Forschungsprojekt wurde von der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) mit Sitz in Berlin initiiert und gefördert und unter der Leitung des Pears Institute for the study of Antisemitism, Birkbeck, University of London, durchgeführt.

Über das Projekt

Es wird immer wieder geäußert, dass neue Migrant*innen, und insbesondere Zuwanderer*innen aus der Region Nahost und Nordafrika (MENA) Antisemitismus mit nach Europa brächten. Diese Behauptung wird in verschiedenen Ländern in unterschiedlichem Ausmaß und unterschiedlichen Formen geäußert. Dennoch ist die Verknüpfung von zunehmendem Antisemitismus mit Zuwanderer*innen aus Nahost und Nordafrika in Europa weit verbreitet und muss evaluiert werden.

MENA-Migrant*innen bilden seit 2011 das symbolische Zentrum der Migrationsdebatte. Diese Jahre waren umrahmt vom Arabischen Frühling und seinen Nachwirkungen sowie von der europäischen Krise im Zusammenhang mit dem Flüchtlingsschutz. Dieses Forschungsprojekt konzentrierte sich in Reaktion auf die Intensität der Debatte und gemäß den Anweisungen der Stiftung EVZ speziell auf diese Gruppe von Migrant*innen.¹ Das zentrale Anliegen dieses Forschungsprojektes war es, zu ermitteln, ob sich die Ankunft von MENA-Migrant*innen seit 2011 auf antisemitische Einstellungen und Verhaltensweisen in Westeuropa

ausgewirkt hat. Im vorliegenden Bericht geht es um die Situation in Deutschland. Es wird außerdem untersucht, ob staatliche und zivilgesellschaftliche Behörden ein Antisemitismusproblem unter MENA-Migrant*innen erkannt haben. Die Ergebnisse beruhen auf einer umfassenden Untersuchung der vorhandenen quantitativen und qualitativen Daten. Zusätzlich wurden neue qualitative Forschungsarbeiten durchgeführt, um die Erfahrungen und Ansichten verschiedener Akteure zu untersuchen.

Kontext

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Mehr als ein Fünftel der deutschen Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund und etwa 14 % der Bevölkerung sind selbst eingewandert. Unter denjenigen mit Migrationshintergrund hat die größte Gruppe einen türkischen Hintergrund (etwa 17 %), gefolgt von Personen aus der ehemaligen Sowjetunion und Polen. Unter den Eingewanderten der ersten Generation bilden diejenigen aus der Türkei nach den Migrant*innen aus der ehemaligen Sowjetunion die zweitgrößte Gruppe (etwa 12 %), dicht gefolgt von denjenigen aus Polen. Die Zahl der Immigrant*innen aus anderen Ländern der Region Nahost und Nordafrika als der Türkei ist geringer, wobei diese derzeit aber die größte Gruppe der nach Deutschland Einwandernden darstellen.

Im Hinblick auf die Religions- und Glaubenszugehörigkeit ist die deutsche Bevölkerung überwiegend christlich geprägt (etwa 60 %). Die zweitgrößte Gruppe besteht aus nichtreligiösen Personen (etwa 32 %) und die drittgrößte Gruppe bilden Muslime, mit etwa 6 % der Bevölkerung. Mitglieder jüdischer Gemeinden machen 0,12 % der Bevölkerung aus (etwa 100.000 Personen).

Ergebnisse

Immigration vor 2011

Zwischen 1990 und 2011 kamen überwiegend Menschen aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion, aus anderen Ländern im ehemaligen Ostblock und aus dem ehemaligen Jugoslawien nach Deutschland. Weitere bedeutende zuwandernde Gruppen waren Asylsuchende (überwiegend aus Jugoslawien, Rumänien, dem Irak und Afghanistan), Jüdinnen und Juden oder deren Nachkommen aus Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion sowie Saison- oder Zeitarbeiter*innen.

Trotz der hohen Einwanderungszahlen Anfang der Neunzigerjahre bestand die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland überwiegend aus ehemaligen „Gastarbeitern“ und deren Familien, wobei diejenigen aus der Türkei die größte Gruppe bildeten.

Antisemitismus vor 2011

Nach dem Ende der Zweiten Intifada oder auch Al-Aqsa-Intifada (2000 bis 2005) ging der Antisemitismus in Deutschland langsam zurück, blieb jedoch weiterhin auf einem hohen Niveau. Während der klassische Antisemitismus in Deutschland abnahm, wurde er von einigen nicht muslimischen Deutschen ohne Migrationshintergrund nun als sekundärer oder israelbezogener Antisemitismus geäußert. Beide Formen des Antisemitismus nahmen in diesem Zeitraum zu. Die Identifizierung mit der Nation und autoritären Haltungen hatte mehr

Einfluss auf das Aufkommen von antisemitischen Einstellungen als die ethnische Zugehörigkeit, das Vorhandensein eines Migrationshintergrunds oder die Religion. Nach 2000 agierte eine zunehmende Zahl an Antisemit*innen offen und ohne den Schutz der Anonymität.

Straftaten antisemitischer Natur wurden überwiegend von rechten, nicht muslimischen Deutschen ohne Migrationshintergrund begangen. Dennoch waren auch Muslime unter den antisemitischen Straftätern.

In Studien, die vor 2011 durchgeführt wurden, zeigten junge Muslime je nach ihrer Herkunftsregion und dem Grad der Religiosität und des Konservatismus tiefgreifendere antisemitische Einstellungen als Nicht-Muslime derselben Altersgruppe. In fast allen Berichten wurde angegeben, dass Muslime eher fragmentarische klassisch-antisemitische Parolen oder Stereotype äußerten, als eine ideologisch geschlossene antisemitische Weltanschauung zu vertreten. Für eine breite Mehrheit der Muslime war ein Gefühl der persönlichen Sympathie für die Situation der Palästinenser*innen verbunden mit dem Gefühl, als Muslime Opfer von Diskriminierung zu sein.

Der Begriff „importierter Antisemitismus“ wurde nicht nur auf Muslime, sondern auch auf Migrant*innen aus der ehemaligen Sowjetunion angewandt.

Immigration seit 2011

Die Zahl der Migrant*innen aus MENA-Ländern nimmt seit 2011 stetig zu, wobei es 2014 zu einem besonders starken Anstieg (21 % aller Eingewanderten) und 2015 zu einem noch stärkeren Anstieg (etwa eine halbe Million Menschen, 44 % aller Eingewanderten) kam. Seit 2011 sind Syrien, Afghanistan und der Irak die wesentlichen Herkunftsländer. Die Nettomigration zwischen Deutschland und der Türkei blieb 2015 negativ. Der Prozentsatz der MENA-Migrant*innen unter allen Nicht-Staatsbürgern ist seit 2011 stabil geblieben beziehungsweise sogar leicht zurückgegangen, was weitgehend mit einer zunehmenden Zahl an nach Deutschland zugewanderten EU-Bürger*innen zusammenhängt.

Die Alters - und Geschlechtszusammensetzung der MENA-Migrant*innen in Deutschland variiert stark je nach Herkunftsland.

Mehr als drei Viertel der türkischen Bürger*innen in Deutschland haben einen dauerhaften Aufenthaltsstatus und nur wenigen droht eine Abschiebung. Die restlichen MENA-Migrant*innen haben einen deutlich unsichereren Aufenthaltsstatus.

Im Jahr 2015 handelte es sich bei den Asylsuchenden vorwiegend um Muslime, fast die Hälfte der Iraker*innen waren jedoch Jesid*innen und 72 % der Zugewanderten aus Eritrea bezeichneten sich als Christ*innen.

Antisemitismus seit 2011

Etwa 10 % der deutschsprachigen Bevölkerung in Deutschland äußert offen negative Einstellungen gegenüber Juden. Zwar geht der klassische Antisemitismus zurück, doch andere Formen nehmen zu: In dieser Hinsicht gibt es eine Verlagerung von sekundärem hin zu israelbezogenem Antisemitismus, wobei Letzterer bei mindestens 20 % liegt. Während das Einkommensniveau nicht mit antisemitischen Einstellungen in Zusammenhang steht, trifft man, je weiter rechts man sich im politischen Spektrum bewegt, zunehmend auf solche Einstellungen.

In Bezug auf politisch motivierte Straftaten stellt die Zuwanderungsrate keinen ausschlaggebenden Faktor dar. Antisemitische Handlungen haben nicht im Zusammenhang mit der Einwanderung zugenommen, sondern eher mit Ereignissen im Nahen Osten und als Teil der Explosion der rechten rassistischen Gewalt seit dem Beginn der *Willkommenskultur* (der unterstützenden Haltung und Handlungen vieler Deutscher gegenüber Geflüchteten, überwiegend aus Syrien) im Jahr 2015. Bei den Täter*innen handelt es sich weiterhin vorwiegend um nicht muslimische Deutsche ohne Migrationshintergrund aus der rechten Szene. Das Vorhandensein und die Häufigkeit von Antisemitismus unter Muslimen in Deutschland steht nicht mit der aktuellen Immigration, sondern vielmehr mit Ereignissen außerhalb von Deutschland in Zusammenhang.

In Bezug auf Hassverbrechen und negative Einstellungen gegenüber Minderheiten in Deutschland stellt der Antisemitismus eine fortbestehende und gewalttätige Bedrohung dar. Allerdings ist Rassismus, insbesondere gegen Geflüchtete und Muslime gerichteter Rassismus, heute weiter verbreitet.

Unter Juden herrscht ein zunehmendes Gefühl der Unsicherheit. Dies ist größtenteils auf Bedrohungen und Angriffe durch junge Muslime seit der Gaza-Mobilisierung im Jahr 2014 zurückzuführen. Auch die aktuellen MENA-Geflüchteten werden als Bedrohung wahrgenommen, als direkte ebenso wie als indirekte Gefahr aufgrund des allgemeinen Anstiegs der Feindseligkeit gegenüber Minderheiten seit der gestiegenen Zuwanderung.

Viele Studien zeigen, dass antisemitische Einstellungen unter deutschen Muslimen weiter verbreitet sind als unter deutschen Nicht-Muslimen. Deutsche mit muslimischem Migrationshintergrund äußern ihre Ansichten auf unverschlüsselte und offenere Weise als nicht muslimische Deutsche ohne Migrationshintergrund, die sich eher den akzeptierten Sprachnormen anpassen.

In vielen Studien wird zumindest ein indirekter Zusammenhang, jedoch nicht eine automatische Kausalität, zwischen antisemitischen Einstellungen und der Diskriminierung von Muslimen in Deutschland diskutiert. Diskriminierung bereitet den Weg für Antisemitismus und dient als Legitimierung. Umgekehrt kann sie jedoch auch zu einem höheren Bewusstsein für den diskriminierenden Charakter des Antisemitismus und zu dessen Ablehnung führen.

Antisemitismus muss als ein Problem der deutschen Gesellschaft als Ganzes verstanden werden und sollte nicht einer einzelnen Gruppe wie den Muslimen zugeschrieben werden. Nicht muslimische Deutsche nutzen diese Zuschreibung häufig, um sich der Verantwortung für ihre eigenen antisemitischen Einstellungen zu entziehen und diese zu externalisieren, sowie um antimuslimischen Rassismus zu legitimieren.

Laut einigen Befragten sind MENA-Geflüchtete in Deutschland mit Diskriminierung und zahlreichen Schwierigkeiten beim Aufbau eines praktikablen Lebens konfrontiert. Die meisten von ihnen würden es nicht wagen, ihren Status durch Aussagen, die in Deutschland bekanntermaßen unerwünscht sind, zu gefährden.

Es besteht wenig Zweifel, dass bei einem gewissen Prozentsatz der MENA-Migrant*innen antisemitische Einstellungen vorhanden sind, jedoch konnten keine unserer Befragten dazu verlässliche Daten liefern. Die Befragten berichteten von einzelnen antisemitischen Vorfällen oder Klassenzimmern mit einer antisemitischen Mehrheit, sie sprachen jedoch auch von Aufgeschlossenheit

und der Abwesenheit von Vorurteilen unter Migrant*innen. Wie in der deutschen Mehrheitsbevölkerung fanden Studien auch unter MENA-Geflüchteten einige eingefleischte Antisemit*innen, etliche, die fragmentarische antisemitische Stereotype äußerten, aber auch säkulare Atheist*innen „ohne jede Spur von Vorurteilen“. Mehrere Befragte betrachteten eher den arabischen Nationalismus als den Islam als Quelle antisemitischer Einstellungen. Die Verbreitung negativer Annahmen gegenüber MENA-Geflüchteten zeigte sich an der Überraschung einiger der Befragten, dass die Geflüchteten, die sie getroffen hatten, weniger antisemitisch gewesen seien als erwartet. Eine vor Kurzem in Bayern durchgeführte Studie ergab jedoch, dass etwa 55 % der muslimischen Geflüchteten aus Syrien, Afghanistan und dem Irak die klassische antisemitische Aussage, Juden hätten zu viel Macht in der Welt, unterstützten.

Wie leicht Geflüchtete mit antisemitischen oder antizionistischen Einstellungen ihren Standpunkt ändern, wird davon abhängen, wie die deutsche Gesellschaft mit ihrem eigenen Antisemitismus umgeht. Unreflektierte antisemitische Einstellungen, die selbst von einigen Lehrer*innen oder im Bereich der Flüchtlingshilfe tätigen Personen geäußert werden, sowie Politiker*innen, deren Lippenbekenntnisse gegen Antisemitismus nicht von Taten gefolgt werden, können antisemitische Einstellungen unter Geflüchteten fördern. Diese Dynamik macht es unmöglich zu beurteilen, ob der Antisemitismus der Geflüchteten aus ihrem Herkunftsland oder aus Deutschland herrührt.

Angesichts der Diversität der MENA-Geflüchteten ist es irreführend, diese als eine homogene Gruppe zu betrachten. Es ist ebenfalls irreführend, die aktuellen MENA-Geflüchteten mit Deutschen mit muslimischem Migrationshintergrund gleichzusetzen. Beide Gruppen weisen unterschiedliche Merkmale auf, haben unterschiedliche Erfahrungen mit Rassismus und unterschiedliche antisemitische Einstellungen.

In deutschen muslimischen Vereinigungen und Gemeinden herrscht eine starke Tendenz vor, die Existenz von Antisemitismus unter Muslimen zu verleugnen. Dies wurde von Vertreter*innen des liberalen Islam kritisiert, die vermuten, deutsche muslimische Vereinigungen und Gemeinden hätten Angst davor, die Basis ihrer Organisationen gegen sich aufzubringen, wo latenter und unreflektierter Antisemitismus weiter verbreitet sei als die Funktionäre zugeben wollten.

Öffentlicher Diskurs

Soziale Medien spielen bei der Verbreitung, Verstärkung und Festigung antisemitischen Gedankenguts, jedoch nicht bei dessen Entstehung, eine wichtige Rolle. Sie werden verbreitet von antisemitischen, rassistischen und sonstigen von Hass getriebenen Gruppierungen zur Rekrutierung und Mobilisierung genutzt. Soziale Medien können jedoch genauso als Mittel genutzt werden, um sich im Kampf gegen Vorurteile zusammenzuschließen und diesen entgegenzuwirken.

Im Kontext der zunehmenden Zahl an Menschen, die aus Syrien und anderen muslimischen Ländern nach Deutschland einwandern, dominiert das Thema Migration seit 2015 die deutschen Medien und die politische Kultur. Der öffentliche Diskurs spiegelt den tiefen Spalt zwischen der liberalen Willkommenskultur und der erstarkenden antimuslimischen, rassistischen, einwanderungsfeindlichen, eine weiße Überlegenheit behauptenden, antiliberalen und nationalistischen Bewegung wider, die von Teilen der etablierten konservativen Parteien bis

zur extremen Rechten wie der Alternative für Deutschland (AfD), Pegida und der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) reicht.

Viele der Befragten beklagten die polarisierende Wirkung der Medien und deren Aufgreifen emotionsgeladener und unsachlicher Ausdrücke wie „Flüchtlingswelle“, „Flüchtlingskrise“ oder „importierter Antisemitismus“. Antisemitische Stereotype sind in den deutschen Massenmedien nur selten anzutreffen, recht häufig stößt man jedoch auf einen Fokus auf Israel als Platzhalter für „die Juden“.

Islamistische Terrorangriffe und von Menschen mit einem muslimischen Migrationshintergrund verübte Verbrechen haben homogenisierende und essentialisierende Charakterisierungen von Muslimen und muslimischen Geflüchteten gefördert. Diese Charakterisierungen stärken jene Argumente, die „deutsch“ und „muslimisch“ als getrennte, dichotome Kategorien konstruieren wollen.

Integration von MENA-Migrant*innen der zweiten und späteren Generationen

Deutschland weist unter allen europäischen Ländern die größte Zahl an Einwanderern und Einwanderinnen auf. Gleichzeitig hat es jedoch weiterhin Probleme, sich selbst als Einwanderungsland zu betrachten. Alle Migrant*innen, insbesondere jedoch diejenigen aus nichteuropäischen, nicht westlichen Ländern sowie diejenigen, die nicht weiß sind und diejenigen mit einem muslimischen Hintergrund, sind der Diskriminierung und Ausgrenzung durch einzelne Deutsche ohne Migrationshintergrund sowie durch die gesellschaftlichen Strukturen des Landes ausgesetzt. Trotz einiger gesetzlicher und struktureller Verbesserungen seit dem Ende der Neunzigerjahre wird Immigration immer noch zuerst als eine Herausforderung betrachtet. Positive Äußerungen über Einwanderung entspringen nicht selten bloß wirtschaftlichen Nützlichkeitsabwägungen.

Muslimische Migrant*innen sind keine homogene Gruppe. Genau wie Deutsche türkischer Herkunft, die bereits seit Jahrzehnten im Land leben, sind sie in Bezug auf sozioökonomische, kulturelle und soziale Kriterien im Allgemeinen jedoch weniger gut integriert als andere Migrant*innen. Dieses Muster erstreckt sich auch auf die zweite und dritte in Deutschland geborene Generation. Diese Unterschiede stehen in Beziehung zur wahrgenommenen Diskriminierung. Während im gesellschaftlichen Diskurs die Tendenz zur Segregation häufig Muslimen zugeschrieben wird, haben Studien gezeigt, dass Nicht-Muslime häufiger als Muslime die Abschottung in homogenen Kreisen durch Ausgrenzung anderer befürworten. Migrant*innen mit muslimischem Hintergrund, selbst in der dritten Generation, werden von vielen Deutschen ohne Migrationshintergrund nicht als Deutsche angesehen, was in jüngeren Generationen allerdings langsam abnimmt. Selbst akademische Studien nutzen weiterhin das essentialisierende Konstrukt, „Muslime“ von „Deutschen“ zu unterscheiden. Die Ablehnung von Muslimen in Deutschland nimmt zu.

Die Ausgrenzung erschwert es Muslimen zunehmend, Bindestrich-Identitäten wie „deutsch-muslimisch“ aufrechtzuerhalten. Die breite Mehrheit der deutschen Muslime sehnt sich nach Integration, doch nimmt insbesondere in den jüngeren Generationen und als Reaktion auf die Ausgrenzung die Zahl derjenigen zu, die darauf bestehen, als kulturell verschieden akzeptiert zu werden.

Beobachtung und Reaktionen durch Staat und Zivilgesellschaft

Die neuen Kategorien zur Registrierung politisch motivierter Verbrechen wurden dafür kritisiert, Antisemitismus nicht in vollem Umfang erkennen zu können. Einige Gerichte haben sich unterdessen mehrfach geweigert, Antisemitismus als solchen zu identifizieren, und haben diesen fälschlicherweise als Kritik an Israel beschrieben und entschuldigt.

Bundesministerien und zivilgesellschaftliche Akteure haben begonnen, Online-Hassverbrechen zu beobachten und den Anbietern und/oder Behörden melden. In einigen Fällen konnten sie erreichen, dass hetzerische Inhalte entfernt wurden. Es gibt ein Netz an Projekten zur Beobachtung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Allgemeinen; zusätzlich wurden in Berlin und Kassel zwei regionale Initiativen für die Erfassung antisemitischer Vorfälle ins Leben gerufen.

Seit 2001 hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zahlreiche Modellprojekte gegen Radikalisierung, Rassismus und Antisemitismus finanziert. Seit Kurzem fördert es außerdem Institutionen mit langfristiger Perspektive, die denselben Auftrag haben. Antisemitismus ist in diesen Kontexten ein Thema mit zunehmender Relevanz.

Wie eine der befragten Personen anmerkte, werden Programme zur Beobachtung und Prävention islamistischer Radikalisierung (die auch Antisemitismus umfassen) derzeit mit erheblichen staatlichen Mitteln ausgebaut. Deren Top-Down-Struktur und Nähe zum Staat führte jedoch zu gegen alle Muslime als Gruppe gerichteten unreflektierten Zuschreibungen und Verdächtigungen.

Ein allgemeines Problem von Bildungsinitiativen gegen Antisemitismus ist, dass viele der aus Modellprojekten hervorgegangenen Forschungsergebnisse und Best-Practice-Empfehlungen nicht umgesetzt wurden.

Die meisten großen deutschen Organisationen wie Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und Körperschaften (einschließlich muslimischen Gremien) nehmen keine kritische Selbstreflexion vor – innerhalb dieser Organisationen bestehender Antisemitismus wird oft auf andere projiziert.

Schlussfolgerungen

- Weder die Untersuchung der Daten noch die im Rahmen dieses Forschungsprojektes durchgeführten Befragungen haben eindeutige Hinweise auf einen durch die aktuelle Immigration verursachten zunehmenden Antisemitismus ergeben.
- Antisemitismus stellt in Deutschland auch weiterhin ein Problem dar, als Einstellung wie als konkrete Bedrohung für Jüdinnen und Juden. Der Rückgang des klassischen Antisemitismus kann teilweise auf dessen Artikulation (durch nicht muslimische Deutsche ohne Migrationshintergrund) als israelbezogener und sekundärer Antisemitismus, in Form einer „Umwegkommunikation“, zurückgeführt werden. Israelbezogener Antisemitismus wird mittlerweile von mindestens 20 % der Bevölkerung unterstützt, was ihn in Bezug auf antisemitische Einstellungen in Deutschland zum Hauptproblem macht. Er bereitet außerdem den Weg für auf klassischen Stereotypen beruhende antisemitische Gewalt, da sich die Täter durch die Ansichten eines großen Teils der Bevölkerung legitimiert fühlen.

- Gleichzeitig sollte jedoch der mögliche Einfluss von Bildungs - und Präventionsprogrammen als teilweise Erklärung für den Rückgang des klassischen Antisemitismus nicht vollständig zurückgewiesen werden.
- Antisemitismus ist ein Problem, das sich über einen Großteil der deutschen Gesellschaft erstreckt, Migrant*innen und Muslime eingeschlossen, aber nicht auf diese Gruppen beschränkt. Unter antisemitischen Deutschen ohne Migrationshintergrund ist es weit verbreitet, den eigenen Antisemitismus zu externalisieren, indem er den Muslimen zugeschrieben wird. Einwanderer mit antisemitischen Einstellungen reagieren auf den Antisemitismus (oder Anti-Antisemitismus) der Aufnahmegesellschaft, in der sie leben. Aus diesen Gründen kann Antisemitismus unter Muslimen in Deutschland nicht bekämpft werden, ohne über den Antisemitismus in der Mehrheitsbevölkerung (einschließlich des rechten Flügels) sowie den Zusammenhang zwischen Antisemitismus und Rassismus zu reflektieren.
- Der Kampf gegen Antisemitismus leidet unter einer Doppelmoral. Solange sich Lehrer*innen, Sozialarbeiter*innen, Beamte, die Polizei und Richter*innen weigern, ihre eigenen antisemitischen (und rassistischen) Stereotype oder Ressentiments zum Problem zu machen, solange politischen Aussagen am Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust kein entschlossenes Handeln folgt, und insbesondere solange Geflüchteten oder Deutschen mit muslimischem Migrationshintergrund oder deutschen Muslimen im Allgemeinen nicht in vollem Umfang gleiche Rechte gewährt werden, wird es Minderheiten schwerfallen, die Forderungen der Mehrheit nach Übernahme deutscher Werte in Bezug auf Tolerierung ernst zu nehmen.
- Viele Geflüchtete aus MENA-Ländern besuchen in Deutschland Moscheen, sowohl aus religiösen als auch aus sozialen Gründen. Angesichts der Tatsache, dass sich die Türkei unter Erdoğan immer weiter in Richtung Autoritarismus, Islamismus, Anti-Pluralismus und sogar unverhohlenem Antisemitismus bewegt, ist es besorgniserregend, dass die meisten Moscheen in Deutschland immer noch dem direkten Einfluss der türkischen Regierung unterliegen.

Empfehlungen

Politik

- Um Antisemitismus erfolgreich zu bekämpfen, sollten Erklärungen von Politiker*innen, die Antisemitismus verurteilen, entschlossene Taten folgen. Es muss etwas gegen den Antisemitismus der Mehrheitsbevölkerung, sowohl in seiner klassischen als auch der sekundären und israelbezogenen Form, unternommen werden. In deutschen Organisationen und Institutionen, in denen sich antisemitische Tendenzen zeigen, muss unmissverständlich gegen diese vorgegangen werden. Gleichzeitig muss auch etwas gegen den Antisemitismus in Minderheiten getan werden.
- Um dem Antisemitismus effektiv entgegenwirken zu können, sind mehr Ressourcen für die Dokumentierung des Problems, Forschung, Beratung, Bildung, Empowerment und Prävention erforderlich.
- Empfehlungen aus Forschungs - und Modellprojekten zur Bekämpfung von Antisemitismus sollten auch berücksichtigt werden. Erfolgreiche Konzepte aus Modellprojekten sollten bundesweit umgesetzt werden.

- Deutschland sollte nicht länger den Großteil der religiösen Strukturen und religiösen Erziehung für Muslime in den Händen der türkischen Regierung belassen. Diese Politik verstärkt den Gedanken, dass Muslime in gewisser Weise fremd sind. Der an öffentlichen Schulen angebotene Religionsunterricht sollte auch islamischen Religionsunterricht umfassen und Moscheen sollten staatsunabhängig finanziert werden, von den Gemeinden und Gläubigen selbst, wie das bei anderen Religionen der Fall ist. Dies würde aber erfordern, dass Muslimen dieselben Rechte zur Bildung von Körperschaften des öffentlichen Rechts eingeräumt werden wie anderen Religionsgemeinschaften.

Praxis

- Israelbezogener Antisemitismus sollte als die Hauptform des Antisemitismus im heutigen Deutschland verstanden und behandelt werden.
- Die Kampagne gegen den Antisemitismus unter Muslimen muss gemeinsam mit Muslimen geführt werden. Dafür ist es erforderlich, dass innerhalb von muslimischen Organisationen offener über Antisemitismus unter Muslimen gesprochen wird. Toleranz sollte konsequent und nicht selektiv Anwendung finden. Aus diesem Grund muss gegen die vielfältigen Formen der Diskriminierung von Minderheiten, einschließlich Muslimen, Migrant*innen und Geflüchteten, vorgegangen werden. Es sollte anerkannt werden, dass Muslime auch Deutsche sind. Generalisierende Charakterisierungen von Muslimen, die eine Dichotomie zwischen diesen und Deutschen konstruieren, sollten vermieden werden.
- Muslimische Organisationen sollten unter Muslimen eine stärkere Selbstreflexion in Bezug auf den Antisemitismus fördern.
- Angesichts der Erkenntnis, dass Antisemitismus ein Problem sowohl innerhalb der deutschen Gesellschaft als auch unter Geflüchteten darstellt, sind langfristige Bildungsprogramme für Geflüchtete und für Deutsche in der Flüchtlingshilfe sowie in der Bildung erforderlich. Lehrer*innen sollten ein Augenmerk auf Selbstreflexion und Respekt für alle Schüler legen. Innerhalb von Teams sollte Diversität herrschen, Minderheiten sollten integriert werden. Die Lehrpläne an Schulen sollten die Realität widerspiegeln, dass Deutschland eine Migrationsgesellschaft ist.
- Geflüchteten sollte mehr Respekt entgegengebracht werden und sie sollten bessere Möglichkeiten erhalten, in Deutschland zu bleiben; ihre Geschichte und ihr Beitrag sollten anerkannt und mehr gewürdigt werden. Dies ist eine Grundvoraussetzung für jeglichen erfolgreichen Versuch, Aufklärung über Antisemitismus zu betreiben.
- Die Arbeit gegen den Antisemitismus in Deutschland kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie einen kombinierten antirassistischen und anti-antisemitischen Ansatz verfolgt. Sie sollte sich eher auf antisemitische Einstellungen konzentrieren als darauf, einzelne Personen als Antisemit*innen zu entlarven. Gleichzeitig sollten Einzelpersonen aber auch für ihre Handlungen verantwortlich gemacht werden. Die Arbeit gegen den Antisemitismus in Deutschland sollte Muslime und Juden nicht stereotypisieren, homogenisieren oder essentialisieren, sondern die Diversität unter ihnen respektieren und anerkennen. Gemeinsamkeiten zwischen den Gruppen sollten stärker hervorgehoben werden. Es sollte über die gesellschaftlichen Prozesse reflektiert werden, die Vorurteile

erzeugen. Und zu guter Letzt sollte die Arbeit gegen den Antisemitismus Verantwortung und Selbstreflexion stärken.

Forschung

- Im Hinblick auf die Forschung ist eine repräsentative Studie zu Einstellungen unter MENA-Geflüchteten erforderlich. Die Studie sollte methodisch ausgereift sein und das Problem der sozialen Erwünschtheit berücksichtigen: dass die Antworten der Befragten unter Umständen eher das widerspiegeln, was sie für gesellschaftlich erwünscht halten, als ihre tatsächliche Meinung.

Endnote

- 1 Für dieses Forschungsprojekt werden die MENA-Definitionen der Vereinten Nationen und der Weltbank zugrunde gelegt und zusätzlich Afghanistan, Eritrea und die Türkei mit einbezogen.

Antisemitismus und Immigration im heutigen Westeuropa
Gibt es eine Verbindung?

Die vollständigen Forschungsberichte für diese Studie können unter
folgenden Adressen heruntergeladen werden:

Stiftung EVZ: www.stiftung-evz.de

Pears Institute for the study of Antisemitism: www.pearsinstitute.bbk.ac.uk